Scranton Wochenblatt.

Wochenblatt Publishing Co., limited,
Herausgeber.

Briefe sind zu adressiren:
FRED. WAGNER,
Lock Box 119, Scranton, Pa.

OFFICE, 427 Lackawanna Avenue

Scranton, den 25. Nov. 1880.

Dorsheimer über die Situation.

Die Niederlage der Demokratie in der Präsidentenwahl und ihre Nutzanwendung waren Gegenstand einer längeren Unterredung, die ein Vertreter des Brooklyner „Tagle" mit dem vormaligen New Yorker Vice-Gouverneur Dorsheimer hatte. Eingangs derselben sagte Herr Dorsheimer in Erwiderung einer bezüglichen Frage, die Annahme, daß man demokratischerseits die Erwählung Garfield's beanstanden wolle, sei geradezu lächerlich. Es könne zwar nicht in Abrede gestellt werden, daß im Interesse Garfield's Betrügereien verübt wurden, doch sei dies nicht die alleinige Ursache der Niederlage der demokratischen Partei. Nachdem die Republikaner zur Einsicht gelangt seien, daß sie auf Grundlage der sektionellen Streitfrage die Kampagne nicht erfolgreich zu Ende führen könnten, hätten sie mit der Tarif-Frage einen Schachzug gethan und konnten auf Grundlage derselben aggressiv vorgehen. Durch das Hereinzerren der Tarif-Frage in die Kampagne hätten die Republikaner zwar einen Demagogenstreich verübt, doch hätten sie demselben ihren Erfolg zu verdanken. Was die sektionelle Streitfrage anbelange, so sei dieselbe erledigt, und es werde kein Versuch gemacht werden, ihr wieder neues Leben einzuhauchen. Die demokratische Partei müsse, wenn sie ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt sehen will, mit neuen Fragen vor das Volk treten. Vor Allem müsse sie ihre Principien aufrechterhalten, denn dieselben seien die Grundsätze einer freien Regierung. Schon in der bevorstehenden Kongreßsitzung könne die Demokratie den neuen Fragen, mit denen sie behufs Erzielung eines Erfolges vor das Volk zu treten habe, Form und Gestalt verleihen, wenngleich zu erwarten stehe, daß der Präsident der Verwirklichung dieser neuen Ideen durch sein Veto hindernd in den Weg treten werde. Die Einbringung gewisser Gesetzentwürfe würde aber dem Volke eine Idee von den Absichten der Demokratie geben. Als solche bezeichnet Herr Dorsheimer:

1. Civildienstreform. Zur Anbahnung und Durchführung derselben sollte eine Bill eingebracht werden, die in allgemeinen Zügen folgende Bestimmungen trifft: Untergeordnete Aemter sollten insofern zu permanenten gemacht werden, als die Amtsdauer des Angestellten nicht von den Zufälligkeiten der Parteipolitik abhängig gemacht wird. Parteiangehörigkeit sollte nicht als Befähigung zur Bekleidung eines Amtes betrachtet werden. Inhaber untergeordneter Aemter sollten nur begründeter Ursache wegen abgesetzt werden. Ernennungen zu solchen Aemtern sollten nur nach bestandenem Examen des Amtskandidaten vorgenommen, und bei der Besetzung dieser Stellen sollte darauf Rücksicht genommen werden, daß keine Landesgegend auf Kosten einer anderen bevorzugt wird. Beamte höheren Ranges sollten ihre Aemter auf eine gesetzlich bestimmte Zeitdauer, z. B. auf vier Jahre, bekleiden und nur auf begründete Ursache hin abgesetzt werden können. Doch sollten diese höheren Aemter als Partei Patronage und angemessene Belohnung für politische Dienste betrachtet werden; es sei dies erforderlich zur Erhaltung des Parteigeistes und der Parteidisciplin, was von allen Regierungen anerkannt werde. Was jedoch die allerhöchsten Aemter wie Kabinetsstellungen und Gesandtschaftsposten, anbelange, so brauche in der Art und Weise der Besetzung derselben keine Veränderung vorgenommen werden; denn es sei nicht angemessen, daß der Präsident zur Beibehaltung von Kabinetsministern gezwungen werde, die mit seiner Politik übereinzustimmen ermangeln, oder zur Beibehaltung von Gesandten, die sein Vertrauen nicht genießen. Schließlich sollte die Besteuerung der Beamten zu parteipolitischen Zwecken nicht nur streng verboten, sondern auch mit Strafe belegt werden.

2. Widerrufung des Legal-Tender-Gesetzes als einer Kriegsmaßregel von zweifelhafter Konstitutionalität. In dieser Hinsicht sollte die Demokratie mit Senator Bayard übereinstimmen, der bekanntlich eine Bill zur Aufhebung der Legal-Tender-Eigenschaft der Greenbacks einbrachte. Die Demokratie sollte verlangen, daß ausschließlich Gold und Silber als gesetzmäßiges Zahlungsmittel anerkannt werden.

3. Der Werth des Silberdollars sollte erhöht und dem Golddollar ebenbürtig gemacht werden. Die Eindollarnoten und auch die Zweidollarnoten sollten eingezogen werden, damit das Silber besser in Umlauf komme; auf alle Fälle sollten die Eindollarnoten eingezogen werden.

4. Die Tariffrage. Darüber ließ sich Herr Dorsheimer folgendermaßen aus: „Die Demokratie ließ sich betreffs dieser Frage während der letzten Kampagne in eine falsche und lächerliche Stellung drängen und muß sich jetzt aus derselben befreien. Der Kongreß sollte eine Bill, wie die von Senator Eaton eingebrachte, annehmen. So lange als wir so große Regierungsausgaben haben, müssen wir einen Tarif haben, doch meiner Ansicht nach „ausschließlich einen Tarif für Revenue." Eine Kommission sollte eingesetzt werden behufs Schlichtung der jetzt bestehenden Differenzen und zur Ausarbeitung eines Planes, der die Interessen des Volkes und des Handels, nicht aber das Interesse einiger weniger Bevorzugten wahrnimmt."

5. Die Vertretung im Bundes-Senat. Dieselbe sollte durch ein Verfassungs-Amendement dahin abgeändert werden, daß die Staaten — (nicht wie seither durch je zwei Senatoren ohne Rücksicht auf die Bevölkerungszahl)—auf Grundlage ihrer Bevölkerungszahl im Oberhaus der National-Gesetzgebung Vertretung haben. Und zwar sollte diese Vertretung folgendermaßen sein: Ein Senator für jeden Staat, der weniger als sechs Vertreter im Repräsentantenhause hat; zwei Senatoren für jeden Staat, der sechs oder mehr Vertreter im Repräsentantenhause hat, und einen weiteren Senator für jede weiteren sechs Kongreß-Abgeordnete. Auf diese Weise würden Rhode Island, Connecticut, Maine, New Hampshire, Vermont, California, Nevada, Colorado, Delaware, Oregon, Florida, Nebraska, West Virginia, Texas, Kansas, Süd Carolina, Arkansas, Maryland und Minnesota je einen Bundessenator bekommen; New Jersey, Nord Carolina, Wisconsin, Georgia, Mississippi, Louisiana, Alabama, Michigan und Jowa je zwei; Massachusetts, Indiana, Missouri, Virginia, Kentucky und Tennessee je drei: Ohio und Illinois je vier; Pennsylvania fünf und New-York sechs.

6. Direkte Volkswahl für das Präsidentenamt. Hätte im Jahre 1876 eine direkte Volkswahl für das Präsidentenamt stattgefunden, so würden dem Lande die beschämenden Ereignisse, die der 1876er Wahl folgten, erspart worden sein.

† Karl Heinzen. †

Karl Heinzen, seit 32 Jahren einer der unerschrockensten Vorkämpfer für freies Menschen- und Bürgerthum im „Lande der Freiheit", ist vorige Woche zu Boston Highlands im 71. Lebensjahre gestorben.

Karl Peter H., geb. 22. Febr. 1804, in Grevenbroich, preußische Rheinprovinz, besuchte 1827 die Universität Bonn, um Medizin zu studiren, wurde 1829 einer revolutionären Rede wegen verjagt, trat als Unteroffizier in holländische Dienste und wurde nach Batavia geschickt. Des harten und aufreibenden Dienstes müde, gelang es ihm durch Verwendung des Obersten seines Regimentes, die Entlassung zu erlangen, kehrte 1831 nach Deutschland zurück, wurde Steueraufseher, 1840 Direktionssekretär der Rheinischen Eisenbahn, dann Sekretär der Aachener Feuer Versicherungsgesellschaft, legte aber 1844 diese Stelle nieder, um die preußische Beamtenwirthschaft bekämpfen zu können; schrieb „Ueber die preußische Bureaukratie", mußte flüchtig werden und begab sich nach Belgien, von hier nach der Schweiz und im Januar 1848 nach den Ver. Staaten, eilte aber beim Ausbruch der Februar-Revolution zurück; betheiligte sich an der Erhebung Friedrich Heckers, flüchtete wieder in die Schweiz und ging, von dort verwiesen, nach London und im September 1850 nach den Ver. Staaten, wo er erst in New York, dann in Louisville und Cincinnati als Journalist thätig war, sein radikales Wochenblatt „Pionier" herausgab, mit diesem 1856 nach New York und 1859 nach Boston übersiedelte, bis an sein Ende unermüdlich thätig für den radikalen Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens. H.'s Schriften, die sich durch Gedankenreichthum und eine glänzende Schreibart auszeichnen, behandeln die wichtigsten Tages und Lebensfragen in anregender Weise. Unermüdlich durch Wort und Schrift thätig für Schaffung menschenwürdigerer Zustände in Familie, Gemeinde und Staat, lähmte ein Schlaganfall im vorigen Herbst die Arbeitskraft des rastlos schaffenden Mannes. Auch er darf sich stolz rühmen und fordern: „Ihr sollt mir ein Schwert und eine Feder auf den Sarg legen! Ich war einer der wackersten Vorkämpfer im heißen Streite für Menschenrechte, Volksaufklärung und Freiheit auf allen Gebieten des Lebens!"

Inland.

— Der Umfang, den das Mühlengeschäft in Minneapolis genommen hat, schreibt man von dort, wird am besten illustrirt durch den Monatsbericht, welchen Sekretär Sturtevant vorige Woche der dortigen Handelskammer vorlegte. Eine Stadt, in welcher in 30 Tagen über eine Viertelmillion Fässer Mehl gemahlen und versandt werden, eine Stadt, die in dieser Zeit eine und eine halbe Million Bushel Weizen in Mehl verwandelt und 7500 Tonnen Mehlstoffe verschifft, kann wohl Anspruch auf den Namen einer Mühlenstadt machen.

— Ueber deutsche National-Abgeordnete schreibt der „Herold" in Milwaukee; „Im 46. Congreß war das Deutsch-Amerikanerthum durch folgende Abgeordnete vertreten: Heilmann (Rep.) von Indiana, Leopold Morse (Dem.) von Massachusetts, Henry Poehler (Dem.) von Minnesota, Nikolas Müller (Dem.) und E. Einstein (Rep.) von New York, P. V. Deuster (Dem.) von Wisconsin. Wir hatten somit in der nationalen Gesetzgebung sechs deutsch-amerikanische Repräsentanten. Die Wahlen für das Abgeordnetenhaus des 47. Congresses ergeben wieder sechs deutsch-amerikanische Abgeordnete, obwohl Poehler von Minnesota und Einstein nicht mehr nach Washington gehen werden. Dieser Verlust wird aber wett gemacht durch Rich. Günther (Rep.) von Wisconsin und Dietrich Smith (Rep.) von Illinois. Wisconsin ist der einzige Staat, welcher im 47. Congreß durch zwei Deutsch-Amerikaner vertreten sein wird, nämlich durch Günther und Deuster.

— Wegen der Anstellung von Frauenzimmern zur Erlernung des Schriftsetzens haben 25 bis 30 Schriftsetzer in der Druckerei des „Eagle" in Reading, Pa., am Montag die Arbeit eingestellt.

— Im Bundesdistriktsgericht zu Philadelphia begann am 22. ds. der Proceß gegen „Dr." John Buchanan, Martin V. Chapman und Thomas E. Vandufer, des Komplots angeklagt, die Ver. Staaten um $5000, den Betrag der Bürgschaft Buchanans's, zu beschwindeln versucht zu haben.

— Großartigen Butter- und Käseverfälschungen ist man in Chicago auf die Spur gekommen.

— Im Staate Pennsylvania giebt es nach dem soeben der Staats-Großloge vorgelegten Berichte 76,239 Odd-Fellows. Im vorigen Jahre wurden 10,611 Brüder und 704 hinterbliebene Familien von Brüdern unterstützt, und zwar wurden für Unterstützung von Brüdern $264,430.70, für Hinterbliebene $14,244.19, für die Erziehung von Waisen, $653.78, für Begräbnisse $66,525.12, zusammen für Unterstützung $315,853.79 ausgegeben. Es existirten im letzten Mai 905 Logen des Ordens in Pennsylvania, welche ein Vermögen von $2,367,739.48 besaßen. Zur Groß-Loge von Pennsylvania gehören 18,025 „Past-Grands". Seit dem Monate Mai sind zwei neue Logen instituirt worden. Der Past-Großmeister Isaac A. Sheppard, welcher die Großloge des Staates bei der Sovereign-Großloge der Ver. Staaten vertritt, legte seinen Bericht vor, nach welchem am 31. Dezember 1879 zu dem Orden 50 Großlogen, 7067 untergeordnete Logen und 39 Groß-Lager, sowie 1842 untergeordnete Lager gehörten, eine Zunahme von 92 Logen und eine Abnahme von 21 Lagern. Es gehören im Ganzen 440,783 Mitglieder zu Logen und 79,511 zu Lagern des Ordens. An Unterstützungen wurden im letzten Jahre $1,714,105.02 ausbezahlt, eine Abnahme von etwa $25,000 und die Total-Einnahmen aller Logen beliefen sich auf etwa $4,000,000. Die Logen des Ordens, welche im Auslande in's Leben gerufen worden sind, prosperiren.

— Der Scandal in Buffalo Theaterkreisen ist unerwartet zum Abschluß gekommen und es wird darüber unterem Datum des 19. November von Buffalo wie folgt berichtet: „In Sachen des Schmidt-Wahle'schen Skandals hatte Wahle in der Superior Court den Antrag gestellt, daß ein Befehl erlassen werde, wodurch Schmidt angehalten werden soll, anzugeben, ob er in Deutschland verheirathet gewesen sei; ob er geschieden wurde und in Amerika die Auguste Schmidt heirathete. Der Anwalt brachte als Grund vor, daß Schmidt gegen Wahle und Silberberg Klagen einleiten wolle; Schmidt wolle aber die Stadt verlassen und müsse er deshalb vernommen werden, damit die Vertheidigung feststellen könne, wie die Vertheidigung zu führen sei. Schmidt's Anwalt erhob gegen die Erlassung eines solchen Befehls Einsprache, doch wurde derselbe bewilligt. Demselben zufolge sollte sich Schmidt heute Nachmittag vor einem Referenten einfinden und seine Aussagen zu Protokoll geben. Aus einem sehr gewichtigen Grunde mußte aber das Verhör unterbleiben: — Schmidt wurde heute Mittag in seinem Zimmer in Grüner's Hotel, wo er abgestiegen war, todt gefunden; er hatte sich eine Kugel in den Kopf gejagt. Er hinterließ einen Brief an die jetzige Frau Wahle, worin er sagt, ein Wort von ihm würde sie in's Zuchthaus gebracht haben."

— Kansas, das Land der Freien und die Heimath der Tapferen, welches vor ungefähr einem Jahre den unterdrückten Afrikanern seine Arme öffnete, aber niemals das Versprechen der republikanischen Drahtzieher, das den Exodus aus dem Süden veranlaßte—eine freie Farm und Ausrüstung mit Maulthieren —einlöste, hat jetzt einen Special-Boten nach New York geschickt, um Hülfe für die leidenden Schwarzen zu erwirken. Dem wohlthätigen Volke von Gotham wird erzählt, daß, obwohl einige 10,000 der Exoduster nach anderen Staaten geschickt—ein großes Kontingent ohne Zweifel nach Indiana — doch noch mindestens 50,000 Neger sich in Kansas befinden. Ein großer Theil von diesen lebt in einer Armuth und Verkommenheit, die aller Beschreibung spottet, und so stehen für den kommenden Winter ohne Zweifel nicht unbedeutende Leiden in Aussicht.

Der Neger hätte im Süden bleiben und arbeiten sollen, wie es der Weiße im Norden auch thun muß. Durch Schaden, Hunger und Noth wird auch den sprichwörtlichen Schwarze endlich zur Einsicht kommen, daß die Zeit vorüber ist, wo von Bundeswegen für alle seine Bedürfnisse gesorgt wird. Wenn er sich von Demagogen als Werkzeug gebrauchen läßt, soll er auch dort seine Hülfe suchen. Die Schwarzen haben eine Heimath und lohnende Beschäftigung muthwilliger Weise verlassen, jetzt heißt es: Hilf' dir selbst.

— Die demokratischen Zeitungsredakteure vom nördlichen Indiana hielten letzte Woche in Fort Wayne eine Versammlung und beschlossen, daß folgende Vorschläge der Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes zu empfehlen seien:

1. Direkte Volkswahl für das Präsidentenamt.
2. Erwählung der Bundes-Senatoren durch direkte Volksabstimmung anstatt durch die Legislaturen.
3. Angemessene Revision des gegenwärtigen Tarifs.
4. Heftige Opposition gegen die Einführung der Chinesenarbeit.
5. Gesetzerlasse des Kongresses zur Besteuerung der Greenbacks.
6. Opposition gegen die Kontrolirung der Wahlen seitens der von der Nationalverwaltung Abhängigen und gegen Einschüchterungsmaßregeln seitens der Korporation ihren Angestellten gegenüber.
7. Abhaltung der Wahlen in allen Staaten am ersten Dienstag in November.
8. Protest gegen Aenderungen des Landesfinanzsystems.
9. Sorgfältige Untersuchung der Beschuldigungen, daß die anscheinende Majorität für Garfield im Staate New York durch betrügerische Mittel erzielt wurde.

— Die Schuh- und Stiefelfabrikanten der Ver. Staaten hielten in Philadelphia einen Konvent und organisirten den „Schuh- und Stiefelfabrikanten-Verein der Ver. Staaten." Zweck; Förderung der Interessen des Schuhhandels.

— In Allentown, Pa., wurde am Samstag Abend Charles Schaffer von Florian Gehringer durch einen Stich tödtlich verwundet; Beide waren betrunken.

— General Garfield feierte am Freitag seinen 49. Geburtstag durch einen Besuch bei seinem Onkel, Thomas Garfield in Warrensville, Ohio, der daselbst seinen 79. Geburtstag beging.

— Der New-Orleanser „Democrat" schätzt das Ergebnis der diesjährigen Zuckerernte in Louisiana auf 237,000 Hogsheads. Die Qualität ist gut. Der Molasses-Ertrag wird auf 13 Millionen Gallonen veranschlagt.

— In Elmira, N.Y., wischte sich ein Knabe, Namens Fred Palmer, das Gesicht mit einem Taschentuch, mit dem er vorher einem an der Epizootie leidenden Pferd die Nase gewischt hatte. Er ist jetzt auf einem Auge erblindet, und das andere Auge ist gefährdet.

— In einem von Solomon Sommerich gegen Eliza Epstein von New York eingeleiteten Processe fällte am 17. November Richter Hawes eine wichtige Entscheidung betreffs des Rechtes zur Verhaftung verheiratheter Frauen. Es war nämlich beantragt worden, Frau Epstein zu verhaften. Es wurde gezeigt, daß sie ein Geschäft betrieb, eigenes Vermögen besaß und daß gegen sie vorgegangen werden könne, um Schadenersatz für Beschädigungen zu erlangen. Der Richter sagt, daß wenn die Beklagte unverheirathet wäre, sie verhaftet werden könne, da sie aber verheirathet sei, so verbiete der neue Code ihre Verhaftung.

— Die officielle Stimmenzählung von Connecticut ergiebt eine Pluralität von 2656 Stimmen für Garfield und 1382 St. Majorität. Bigelow's Majorität für das Gouverneursamt 1377 Stimmen; Pluralität 2772 Stimmen.

— Das Erdbeben, das in Alaska und an der Küste von Britisch-Columbia verspürt wurde, war von einer Fluthwelle begleitet.

— Wegen der starken Einwanderung, die man in Canada erwartet, beabsichtigt das Pacific-Eisenbahn-Syndikat die Errichtung eines Einwanderer-Bureaus in Montreal.

— Die Amerikanische Bibelgesellschaft hat eine Druckpresse angeschafft, auf welcher man in einer Minute eine vollständige Bibel drucken kann.

— Die New-Yorker Staats-Stimmzählerbehörde trat vorigen Mittwoch in Albany zusammen. Die officiellen Wahlberichte aus allen Counties, mit Ausnahme New York's, ergeben eine Majorität von 62,218 für die Garfield-Elektoren. Die Majorität Hancock's in der Stadt New-York wird auf 41,376 geschätzt, was eine Majorität von 20,842 Stimmen für Garfield ergiebt. Das Gesetz bestimmt, daß die Wahlberichte dem Staatssekretär per Post und Duplikate derselben durch Boten zugeschickt werden sollen. Weder per Post, noch durch einen Boten sind Wahlberichte aus der Stadt New York eingelaufen und die Stimmzählerbehörde wird sich von Tag zu Tag vertagen, bis die fehlenden Berichte eingelaufen sind; wenn dieselben aber nach vier Tagen nicht eingelaufen sind, wird die Stimmenzählung ohne dieselben vorgenommen werden.

— Vorigen Mittwoch kam im Bundesdistrikts-Gericht zu Danville, Va., die Angelegenheit gegen die ehemaligen County-Richter Coles von Pittsylvanie, Bouldin von Charlotte und Andere, gegen welche Anklagen erhoben waren, weil sie keine Neger in ihre Juries aufnehmen wollten, zur Verhandlung. Richter Alexander Rives, der im Gericht präsidirte, ordnete in jedem einzelnen Falle die Niederschlagung des Proceßverfahrens an. Der Gerichtssaal war mit einer ängstlich harrenden Menschenmenge angefüllt, welche, als sie die Ordre des Gerichts vernommen und sich von ihrem Erstaunen erholt hatte, lebhafte Zeichen ihres Beifalls gab.

— Ein Extrazug, mit welchem vier Kompagnien des 16. Infanterieregiments befördert wurden, lief am Abend des 17. Nov. vier Meilen von Corsicana, Texas, in Folge einer zerbrochenen Schiene vom Geleise. Vier Wagen stürzten in einen Graben. Es wurden 25 Mann verletzt, davon mehrere erheblich.

— Die „Abendpost" in Detroit meldet: Wir leben im Zeitalter der Erfindungen. Auch in unserer Mitte lebt eine Genie, dessen neueste Erfindung eine totale Umwälzung im bisherigen Eisenbahnverkehr hervorzurufen bestimmt ist, da es sich um eine bedeutend vergrößerte Fahrgeschwindigkeit der Lokomotiven handelt. Die Probe, welche der Erfinder mit einer von ihm konstruirten Lokomotive anstellte, erfreute sich eines überraschenden Resultates, indem die Fahrgeschwindigkeit mit Leichtigkeit auf 75 Meilen per Stunde gebracht werden konnte. Unternehmende Geschäftsleute in hiesiger Stadt, welche sich von dem praktischen Werth der neuen Erfindung überzeugten, haben auch sofort Schritte eingeschlagen zur Organisation einer Aktiengesellschaft, welche die Herstellung dieser neu konstruirten Lokomotiven im Großen betreiben will. Der Erfinder, Herr Eugene Fontaine, hat während seines etwa 5-jährigen Aufenthaltes in unserer Stadt schon manche werthvolle Neuerungen an Maschinen 2c. angebracht und sich dadurch einen Namen erworben. Zeit und Raum schwinden immer mehr, je nachhaltiger die Menschheit den Dampf und die Elektricität in ihre Dienste preßt. Soll uns nicht Wunder nehmen, wenn wir demnächst von Detroit nach Chicago in 2—3 Stunden fahren können. Man to."

— Während der Abwesenheit der Eltern sind in Napa, Cal., am Montag zwei Kinder Charles Böhringer's zu Tode verbrannt.

— Am Montag Nacht fiel an verschiedenen Punkten Ontario's, Canada, das Quecksilber auf Null und bis 10 Grad unter Null.

— In Burke County, Ga., wurde der Weiße Wm. Driscoll von zwei Negern, Namens Moses und Frank Dwiggs, in seinem Bette meuchlings ermordet; die Mörder sind in Haft.

— Kürzlich starb in Detroit der Deutsche Georg Kittelberger. Mehr als zweiundzwanzig Jahre hat er die furchtbaren Verwundungen überlebt, welche er im heldenmüthigen Kampfe mit vier Einbrechern davontrug. Die Detroiter „Abendpost" bringt jetzt folgende Erinnerungen an jenen Kampf: In der Nacht des 23. Mai des Jahres 1858 war es, als vier Einbrecher den Geldschrank in der Mehlhandlung des Herrn Geo. C. Jones zu sprengen versuchten. Herr Kittelberger war zu jener Zeit in dem genannten Geschäfte angestellt und schlief oberhalb des Ladens. Durch das beim gewaltsamen Oeffnen des Geldschrankes verursachte Geräusch aus dem Schlafe geweckt, eilte er in den Laden hinunter und hier entspann sich nun ein Kampf auf Tod und Leben, in dem er, obwohl mit 16 schweren Wunden bedeckt, der Uebermacht der Einbrecher gegenüber Sieger blieb. Nur seiner Unerschrockenheit, gepaart mit einem seltenen Muthe und fast unglaublicher Riesenkraft, hatte er sein Leben zu verdanken, das allerdings noch lange Zeit nach dem Kampfe in größter Gefahr schwebte. Die vier Einbrecher — es waren sämmtlich Deutsche — wurden ergriffen, prozessirt, und zu schwerer Haft im Zuchthause verurtheilt. Eduard Eisenhardt und H. Unger, zwei der Einbrecher, erhielten eine Strafzeit von 40 Jahren zudiktirt, die beiden anderen, August Becker, und Franz Welz, erhielten der eine 15, der andere 12 Jahre Gefängnißstrafe. Als die Verurtheilten nach dem Gefängnis abgeführt werden sollten, hatte sich das Volk in Masse versammelt und Drohungen wurden laut, die Raubmörder zu „lynchen." Eisenhardt, der verwegenste der Bande, schmachtete etwa 10 Jahre lang in Eisen, worauf er auf die Bitte Kittelberger's hin vom Gouverneur begnadigt wurde. Die übrigen wurden ebenfalls kurze Zeit darauf begnadigt und heute ruhen alle vier längst unter der Erde. Der Einbruch mit seinen blutigen Folgen machte zu jener Zeit ungeheures Aufsehen, und kaum glaublich schien es damals, daß Georg Kittelberger mit dem Leben davon kommen würde. Ueber und über war er mit klaffenden Stichwunden bedeckt, der enorme Blutverlust hatte ihn derartig geschwächt, daß er Monate lang zwischen Leben und Tod schwebte. Seiner Riesenkraft allein hatte er seine endliche Genesung zu verdanken; noch volle 22 Jahre lang erfreute er sich des besten körperlichen Wohlbefindens, bis er schließlich dahinsiechte und ein sanfter Tod ihn abrief.

— Ein Herr Conrad Ahlers in Cincinnati leitete vor Kurzem wegen eines in der dortigen „Freien Presse" veröffentlichen angeblich injuriösen Artikels eine Schadenersatzklage gegen die Herausgeber des Blattes ein. In der Klageschrift wurde gesagt, daß der Artikel in deutscher Sprache publicirt wurde. Eine Uebersetzung wurde der Klageschrift beigefügt. Die Verklagten ersuchten in ihrer Replik um Niederschlagung der Anklage. Der Richter sagte in seiner Entscheidung, daß im Staate Ohio die Regel gälte, daß wenn eine Ehrenkränkung (libel) in einer anderen Sprache als der englischen ausgesprochen wurde, so müsse angegeben werden, daß Derjenige, der es gehört, es auch verstanden habe. Dieselbe Regel gelte auch für Libellklagen. Da in der Klageschrift nicht angegeben oder behauptet wurde, daß der betreffende Artikel in dem obengenannten Blatt Personen zu Gesicht kam, die Deutsch verstehen, so muß dieselbe als unzulässig (defective) erkannt werden. Das Gesuch der Verklagten wurde bewilligt.

— William H. Kemble, Charles B. Salter und Jesse R. Crawford hatten sich' voriges Frühjahr des korrupten Stimmen-Sammelns unter den Mitgliedern der Legislatur schuldig bekannt und wurden zu zweijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, jedoch nachdem sie blos einige Tage im Gefängnisse zugebracht hatten, vom Gouverneur begnadigt. Es war gegen sie noch ein zweiter Proceß wegen Meineids eingeleitet worden und am Samstag wurden sie auch von dieser Anklage entbunden, weil die Staatsanwaltschaft keine zu ihrer Ueberführung hinreichenden Beweise beizubringen vermochte. In jedem der drei Fälle konnte blos ein Zeuge beigebracht werden, um zu beweisen, daß die Angeklagten Meineid begingen, als sie vor dem Kommittee der Legislatur aussagten, sie hätten Mitgliedern der Legislatur korrupte Vorschläge gemacht. Das erwähnte Committee hatte die korrupten Mittel zu untersuchen, durch welche eine gewisse Klique die Bill durchzusetzen suchte, die für den durch den Eisenbahn-Aufruhr angerichteten Schaden vier Millionen Dollars bewilligte. Jene einseitige Zeugen-Aussage würde nutzlos gewesen sein, da schon früher das Gericht entschieden hat, daß wenigstens zwei Zeugen in jedem einzelnen Falle erforderlich seien, um eine Anklage zu beweisen. Es sind jetzt noch drei Processe wegen Bestechung von Legislatur-Mitgliedern zu verhandeln, doch werden dieselben voraussichtlich in der nächsten Session des Gerichts niedergeschlagen werden.

— In Little Rock, Ark., hauste am 17. Nov. ein heftiger Schneesturm — ein seltenes Ereigniß in jenem Breitegrad. Auch St. Louis hatte am 17. einen Schneesturm; der Schnee lag fünf Zoll hoch.

— Die Straßenbahnen in Philadelphia nehmen bekanntlich größtentheils noch 6 Cents Fahrgeld. Sie weigern sich, mit 5 Cents verlieb zu nehmen, obschon sie recht gut dabei bestehen könnten. Der bekannte Peter Herdie, früher von Williamsport, hat nun Omnibus-Linien, zunächst auf Broadstraße eröffnet, welche nur 5 Cents berechnen. Er will dieselben auch bald auf andere Hauptstraßen der Stadt ausdehnen, und man erwartet, daß er dadurch die Straßenbahnen ebenfalls zur Ermäßigung ihrer Preise nöthigen wird.

☞ Abonnirt auf das „Scranton Wochenblatt".

— Zur Warnung vor dem mittleren Theile von Arkansas schreibt ein dortiger Deutscher: „Alexander, Pulasky County, Arkansas, 12. Nov. 1880. Ich wohne jetzt acht Monate hier. Das Land hier taugt zum Getreidebau nichts, sonders blos zur Baumwollzucht. Futter für das Vieh ist gar nicht hier, Hafer, Weizen und Roggen wächst nicht, für Mais muß das Land gedüngt werden und bringt dann nur 1 Aehre von jeder „Hill," im Norden aber 3. Heu muß man kaufen und 15 Dollars kostet das schlechteste, das beste jedoch über 20 Dollars. Kartoffeln kosten in Little Rock $1.20 das Buschel. Die ganze Gegend ist mit Holz bewachsen, das Hochland hat meistens Tannen und Fichten, ein Zeichen, daß es zu sandig ist. Ich möchte wünschen, daß Sie bekannt machten, wie es hier ist und wie die Leute durch Anpreisung dieser Gegend beschwindelt werden. Wir ziehen schon morgen fort von hier nach Nebraska. Theodor Rünker."

— Das Census-Bureau ist jetzt eifrig an der Arbeit, die von den Volkszählern im Juni und Juli für die Stadt Baltimore gethane Arbeit zu sichten. Baltimore's Bevölkerung ist 332,190 Seelen.

— Ein gewisser Roy war als Passagier auf der Pennsylvania Eisenbahn in einem Pullman'schen Schlafwaggon durch das Herabfallen einer Bettlade infolge der Nachlässigkeit des Dienstpersonals so arg verletzt worden, daß er gegen die Eisenbahn-Gesellschaft auf Schadenersatz klagbar ward. Gegen die für Kläger günstig ausgefallene Entscheidung erster Instanz legte die verklagte Partei Berufung an das Oberbundesgericht ein, wo der Fall am Montag in Washington zur Aburtheilung kam. Die Eisenbahn-Gesellschaft suchte alle Verantwortung für den Unfall von sich auf die „Pullman Palace Car Co.", von welcher sie den bezüglichen Waggon gemiethet hatte, abzuwälzen, drang mit dieser Einrede indeß nicht durch, vielmehr heißt es in dem Erkenntniß, daß Schlafwaggons, wenn auch nominell Eigenthum einer besonderen Kompagnie, doch nur einen Theil eines Eisenbahnzuges bildeten, für dessen sichere Beförderung von Station zu Station die bezügliche Eisenbahnverwaltung dem reisenden Publikum unter allen Umständen haftbar gemacht werden müsse.

Uebrigens sei für den speciellen Fall, abgesehen von dem im Obigen niedergelegten allgemeinen Rechtsgrundsatz, der Umstand in Betracht zu ziehen, daß bei der ersten Verhandlung des Processes der Richter irrthümlicherweise Beweismaterial zugelassen habe, welches nur darauf abgezielt habe, den dem Kläger zu bewilligenden Schadenersatz-Betrag ungehörig in die Höhe zu schrauben. Und nur diesem Formfehler habe die Eisenbahn-Compagnie die hiemit angeordnete Revision des Verfahrens zu danken.

— Das Oberbundesgericht entschied am Montag den Proceß der Ivanhoe Mining Co. gegen die Keystone Consolidated Mining Co. in Betreff des Besitztitels von Bergwerks-Ländereien in Amador County, Cal., welche die Verklagten auf Grund eines Bundes-Patentes im Besitz haben, während die Kläger auf Grund einer Landschenkung an den Staat California für Schulzwecke darauf Anspruch erheben. „Das Oberbundesgericht hält dafür, der Besitztitel zu dem streitigen Lande ist unter dem Schul-Dotations-Gesetze von 1853 dehalb nicht an den Staat California cedirt worden: 1) weil sämmtliche Bergwerks-Ländereien nach Intention des Kongresses von den Bestimmungen des Schul-Dotations-Gesetzes befreit sein sollten, und 2) sintemalen das streitige Land vor der Vermessung meliorirt ward, welche die Grenzen der Schul-Dotation festsetzt, so wird dasselbe laut § 7 jenes Gesetzes von dem Schul-Dotations-Gesetze nicht berührt. Das Erkenntniß des Bundeskreisgerichtes für den Distrikt California ist deßhalb zu bestätigen."

Diese Entscheidung gilt als Präcedenzfall bezüglich des Besitztitels zu andern weiten und werthvollen Bergwerks-Ländereien in California, welche innerhalb der Grenzen der Dotation für Schulzwecke liegen, die aber auf Grund von Bundesgesetzen von früheren Verkäufern und Ansiedlern beanspruchet werden.

Ausland.

— Am Samstag brachte im preußischen Abgeordnetenhause der fortschrittliche Abgeordnete für Kiel, Dr. Hänel, die angekündigte Interpellation an die Regierung über deren Stellung zur gegenwärtigen antisemitischen Agitation ein. Er tadelte das Wiederaufleben des Rassenhasses und wies auf die Inkonsequenz einer solchen Bewegung in einem Lande hin, dessen Regierung erst kürzlich diplomatische Schritte für die Gleichberechtigung der Juden in den Balkanstaaten gethan habe. Graf Stolberg-Wernigerode, der Vice-Präsident des Ministeriums, entgegnete, die Regierung habe die von Hänel angeführte Petition um Erschwerung der Einwanderung von Juden an den Ostgrenzen des Reiches und um Nichtanstellung derselben in dem Staatsdienst nicht erhalten, er zögere aber nicht, zu erklären, daß die bestehenden Gesetze religiöse Gleichheit garantiren und daß die Regierung keine Aenderung derselben beabsichtige. Die fortschrittlichen Abgeordneten Virchow, Seyfardt und Träger tadelten die antisemitische Agitation, welche sie dem Neide gegen einzelne Personen, die es zu Wohlstand und Stellung gebracht haben, zuschrieben. Die Abgeordneten von Heydebrand und der Lasa (conservativ), Reichensperger und Windthorst (ultramontan) und ihre frühere Ober-Bürgermeister von Berlin und Finanzminister, Hobrecht, (nationalliberal) betrachteten die Frage als eine soziale, deren Lösung nicht dem Parlament, sondern der Gesellschaft obliege. Alle aber bedauerten gegenseitige Duldung. Die Ultramantanen erklärten, daß den Katholiken der gleiche Schutz, wie er für die Juden verlangt werde, zu Theil werden sollte. Die Debatte wurde auf Montag vertagt.

Die Debatte über die antisemitische Agitation wurde am Montag im preußischen Abgeordnetenhause fortgesetzt. Bachem von der Centrumspartei beschuldigte die Juden, daß sie durch verwerfliche Mittel Reichthum erwerben. Richter erwiderte, Christen aus hohen Kreisen betheiligten sich an Börsenspekulationen. Der Hofprediger Stöcker, einer der Urheber der antisemitischen Bewegung, sagte, die Frage sei eine volkswirthschaftliche, und wiederholte Bachem's Beschuldigungen. Er erklärte als den Zweck der bezüglichen Petition die Fernhaltung der Juden von wichtigen Aemtern.

Löwe, ein Israelit und Mitglied der Fortschrittspartei, widerlegte die Argumente Stöcker's und erklärte, mehrere Behauptungen desselben seien durchaus unrichtig. Der Liberale Rickert sagte, es sei eine Verfassungsverletzung, den Juden ihre Eigenschaft als Deutsche abzusprechen. Virchow wies die Angriffe auf Diejenigen; welche gegen die antisemitische Agitation protestirten, zurück. — Die Diskussion, welche sieben Stunden dauerte, wurde sodann geschlossen, ohne daß eine Abstimmung stattfand.

Der Kaiser verfolgte die Debatte mit d